



Michael Ritter, Rechtsanwalt, Ritter & Koller

Rechtsecke Coin juridique

Das Strafbefehlsverfahren in der Schweiz

An einem gewöhnlichen Mittwochmorgen erhalten Sie vom Postboten einen eingeschriebenen Brief. Sie unterzeichnen die Empfangsbestätigung und fragen sich, von wem dieses Schreiben wohl stammen könnte. Der Inhalt des Schreibens jedoch ist eindeutig – es handelt sich um einen Strafbefehl der zuständigen Staatsanwaltschaft. Ihnen wird ein Verstoß gegen eine strafrechtliche Vorschrift (z.B. Tierschutz oder Gewässerschutz) vorgeworfen. Zudem entnehmen Sie dem Strafbefehl, dass sowohl eine Busse auferlegt als auch eine bedingte Geldstrafe verhängt wird und Sie darüber hinaus auch die Verfahrenskosten zu tragen haben. Nun wird Ihnen bewusst, dass Sie sich in einem strafrechtlichen Verfahren befinden. Doch was ist das Strafbefehlsverfahren, wie funktioniert es und was sind die allfälligen Folgen?

Das Strafbefehlsverfahren ist in den Art. 352 ff. der schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) geregelt. Es dient der Verfahrensökonomie, da es der Staatsanwaltschaft ermöglicht, Straffälle ohne grossen Untersuchungsaufwand zu beurteilen und mit einem Strafbefehl als Urteil abzuschliessen. Mittlerweile hat sich das Strafbefehlsverfahren zum absoluten Normalfall entwickelt.

Dennoch sieht die Strafprozessordnung bestimmte Voraussetzungen vor, die erfüllt sein müssen, damit die Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl erlassen darf. Der Sachverhalt muss entweder von der beschuldigten Person eingestanden oder anderweitig ausreichend geklärt sein. Zudem muss die Staatsanwaltschaft eine Busse, eine Geldstrafe von höchstens 180 Tagessätzen oder eine Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten für ausreichend halten.

Bei einer Busse handelt es sich um eine einmalig zu bezahlende Gesamtsumme als Sanktion für ein bestimmtes Verhalten. Eine Geldstrafe bestimmt sich nach Anzahl und Höhe der sogenannten Tagessätze. Die Anzahl richtet sich nach dem Verschulden, die Höhe nach den wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen der betroffenen

Person. Wird eine Geldstrafe bedingt ausgesprochen, bedeutet dies, dass sie nur vollzogen wird, wenn die betroffene Person während der Probezeit ein gleichgelagertes Verbrechen oder Vergehen begeht.

Was sind nun aber die konkreten Handlungsmöglichkeiten, wenn man mit einer solchen Strafe bzw. einem Strafbefehl konfrontiert ist? Der betroffenen Person stehen zwei Möglichkeiten offen: entweder kann sie innert zehn Tagen nach Zustellung des Strafbefehls bei der Staatsanwaltschaft Einsprache erheben oder den Urteilsvorschlag der Staatsanwaltschaft akzeptieren. Wird keine Einsprache erhoben oder die Frist versäumt, mutiert der Strafbefehl zum rechtskräftigen Urteil und das Verfahren ist abgeschlossen. Die beschuldigte Person gilt als verurteilt, ohne dass es zu einer gerichtlichen Beurteilung gekommen ist.

Möchte die betroffene Person hingegen Einsprache erheben, ist es wichtig, dass diese schriftlich erfolgt und fristgemäss eingereicht wird. Wie das Verfahren weitergeht, wenn Einsprache erhoben wird, zeigt das folgende Praxisbeispiel des (fiktiven) Landwirten Mohler.

Landwirt Mohler erhielt im Dezember letzten Jahres einen Strafbefehl. Ihm wird vorgeworfen, er habe vorsätzlich gegen das Tierschutzgesetz verstossen, indem er eine Wunde eines Stieres ungenügend gepflegt und behandelt hätte und den verletzen Stier vorschriftswidrig habe transportieren lassen. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft beruhte auf einer Meldung des Schlachthofs. Landwirt Mohler war über die Vorwürfe äusserst erschrocken. Den im Strafbefehl erwähnten Stier liess er schweren Herzens auf Anraten seines Tierarztes wegen Klauenproblemen auf den Schlachthof bringen. Landwirt Mohler weiss jedoch mit Sicherheit, dass der Stier keine Wunde hatte. Zudem war er über den Vorwurf der Staatsanwaltschaft auch ein wenig erstaunt, weil bereits fünf Monate vergangen sind, seitdem der Stier den Betrieb verlassen hat. Als er die Begründung der Staatsanwaltschaft las, wurde ihm klar, dass er diese Vorwürfe

nicht akzeptieren konnte. Er erhob sofort schriftlich Einsprache und wandte sich an einen Anwalt. Die Staatsanwaltschaft teilte daraufhin mit, dass Einsicht in die Akten genommen werden könne.

Zu einem späteren Zeitpunkt wurde Landwirt Mohler zu einer persönlichen Befragung vorgeladen. Nach Abnahme der weiteren Beweise musste die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob sie das Verfahren einstellt oder den Strafbefehl an das Strafgericht überweist.

Nach seiner Befragung wird Landwirt Mohler mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft an ihrem Standpunkt festhält und das Verfahren an das Strafgericht überwiesen wurde. Einige Wochen später wird Landwirt Mohler zur Hauptverhandlung vor das zuständige Strafgericht (1. Instanz) vorgeladen. An dieser wurde er von der zuständigen Richterin erneut befragt. Im Anschluss an die Gerichtsverhandlung hat die Richterin das Urteil gefällt: Landwirt Mohler wird freigesprochen. Anhand der Beweise wurde festgestellt, dass der Stier im Zeitpunkt des Aufladens in den Viehwagen keine offene Wunde hatte bzw. nicht bewiesen werden konnte, dass die Wunde im Zeitpunkt des Verladens bereits offen war. Landwirt Mohler kann daher keine Widerhandlung gegen das Tierschutzgesetz und auch keine Verletzung der Transportvorschriften nachgewiesen werden. Hätte Landwirt Mohler keine Einsprache gegen den Strafbefehl erhoben, wäre er nach Ablauf der zehn Tage automatisch zu den im Strafbefehl vorgesehenen Sanktionen verurteilt worden.

Gerade für Landwirtinnen und Landwirte ist es ausserdem wichtig zu wissen, dass eine strafrechtliche Verurteilung – sei es aufgrund eines rechtskräftigen Urteils eines Gerichts oder eines nicht angefochtenen Strafbefehls – zu Kürzungen der Direktzahlungen führen kann. Grundlage für diese Kürzungen oder gar Verweigerung der Direktzahlungen ist Art. 105 der Direktzahlungsverordnung (DZV) und richtet sich nach Anhang 8 der Verordnung.

Auch wenn es für Landwirt Mohler am Ende gut ausgegangen ist, war das Verfahren für ihn eine erhebliche zeitliche und seelische Belastung. Wäre er vor Gericht nicht freigesprochen worden, hätte er hohe Kosten tragen müssen. Landwirt Mohler hätte sowohl für die Verfahrenskosten als auch für die Kosten einer anwaltlichen Vertretung selbst aufkommen müssen. Durch seine Einsprache konnte jedoch seine Unschuld bestätigt werden. Demnach ist Landwirt Mohler froh, die Mühen auf sich genommen zu haben. Jetzt kann er das Verfahren

endlich abschliessen und optimistisch in die Zukunft blicken.

Bei jedem Strafverfahren ist vor Augen zu halten, dass nicht der beschuldigte Landwirt oder die beschuldigte Landwirtin die eigene Unschuld beweisen muss, sondern vielmehr seitens der Staatsanwaltschaft die Schuld zu beweisen ist. Dies gilt es insbesondere beim Aussageverhalten jeder beschuldigten Person zu beachten. Die beschuldigte Person versucht sich oftmals im Rahmen von Befragungen für das Verhalten zu rechtfertigen. Dies führt jedoch immer

wieder dazu, dass genau diese Aussagen ein fahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten belegen. Ich rate deshalb jeder von einem Strafverfahren betroffenen Person an, bis zum Vorliegen sämtlicher Verfahrensakten keine Aussagen zu tätigen. ■

L'ordonnance pénale en Suisse

L'ordonnance pénale régie par art. 352ss du Code de procédure pénale suisse (CPP). Elle permet au Ministère public de juger des infractions pénales sans grandes investigations et de clore l'affaire par une mise en accusation qui fait office de jugement. L'ordonnance pénale est devenue un standard qui se fait beaucoup.

Toutefois, l'ordonnance pénale ne peut être rendue que sous certaines conditions. Le fait doit soit être reconnu par la personne mise en cause ou alors être suffisamment clarifiés. Les sanctions prononcées ne dépassent pas une peine de 180 jours amende ou/et une peine privative de liberté de maximum 6 mois. A cela peut s'ajouter une amende.

Une amende est une somme à payer une fois pour toutes en guise de sanction pour un comportement donné. La peine est fixée en fonction de la gravité de la faute, de la situation économique et personnelle de la personne concernée et du montant des jours amende. Une peine avec sursis n'est exécutée que si la personne concernée commet une infraction ou un délit de même nature pendant la période de probation.

Lors d'une ordonnance pénale, la personne concernée a deux possibilités: elle peut déposer un recours auprès du Ministère public dans un délai de 10 jours à compter de la notification de l'ordonnance pénale ou alors accepter la proposition de jugement du Ministère public. Dans ce cas, la personne accusée est considérée comme condamnée sans qu'il y ait eu de jugement. Il est important de faire opposition par écrit et en respectant les délais. Voici un exemple (fictif) de la suite de la procédure en cas de recours.

Le paysan Mohler a reçu une ordonnance pénale. Il aurait commis une infraction intentionnelle à la PSA (protection des animaux) en ne traitant pas correctement une blessure d'un taureau et en ayant fait transporter le taureau blessé de manière non conforme. Ledit taureau a été l'accusation du Ministère public se basait sur un rapport de l'abattoir. Le paysan Mohler sait cependant avec certitude que le taureau en question n'avait pas de blessure. Cinq mois s'étaient déjà écoulés depuis que le taureau avait quitté l'exploitation. Le paysan a immédiatement fait opposition par écrit et s'est adressé à un avocat. Le Ministère public a alors indiqué qu'il était possible de consulter les dossiers.

Le paysan Mohler a été cité pour une audition personnelle. Après avoir examiné les autres preuves, le Ministère public décide s'il classe la procédure ou s'il porte l'affaire devant le Tribunal pénal.

Après son audition, le fermier Mohler est informé que le Ministère public maintient sa position et que l'affaire a été portée devant le tribunal pénal. Le fermier Mohler est ensuite convoqué devant le tribunal pénal compétent (première instance) pour le procès principal. Il y est à nouveau interrogé. Après la séance d'audience, la juge a rendu son verdict: le fermier Mohler est acquitté. Il n'a pas été possible de prouver que le taureau avait une plaie ouverte au moment de son chargement dans le camion. Le fermier Mohler ne peut donc pas être tenu responsable d'une infraction à la loi sur la PSA ni d'une violation des prescriptions de transport.

Il est important pour les agriculteurs et agricultrices de savoir qu'une condamnation pénale – qu'elle soit fondée sur un

jugement définitif d'un tribunal ou dans l'absence de recours de l'ordonnance pénale – peut entraîner une réduction/un refus des paiements directs. Ces réductions ou refus de paiements directs sont basés sur l'article 105 de l'ordonnance sur les paiements directs versé dans l'agriculture (OPD) et sont régis par l'annexe 8.

Une procédure est une épreuve considérable, tant sur le plan psychologique qu'au niveau du temps investi. Si le fermier Mohler n'avait pas été acquitté, il aurait dû supporter à ses frais les frais de procédure et les honoraires d'un avocat. Mais son recours a permis de confirmer son innocence.

Dans toute procédure pénale, il convient de garder à l'esprit que ce n'est pas à l'agriculteur accusé de prouver son innocence, mais plutôt au Ministère public de prouver la culpabilité. Il est particulièrement important d'en tenir compte dans le cadre des déclarations de toute personne accusée.

La personne accusée tente souvent de se justifier lors des interrogatoires. Cependant, il arrive fréquemment que ces mêmes déclarations soient utilisées pour prouver des négligences. Il est donc recommandé de ne pas faire de déclarations avant que l'ensemble du dossier ne soit disponible. ■